

Steirische Friedensplattform
c/o Veronika Rochhart
Baierstraße 103
8020 Graz
email: friedensplattform@gmx.at

Graz, am 21. 01. 2017

An die Herrn

Bundeskanzler Mag. Christian Kern,
per email: christian.kern@bka.gv.at

und

BM für Kunst und Kultur Mag. Thomas Drozda
per email: thomas.drozda@bka.gv.at

Betreff: Ihre bevorstehende Israelreise

Werter Herr Bundeskanzler Mag. Kern!
Sehr geehrter Herr Bundesminister Mag. Drozda!

Ende Jänner 2017 fahren Sie nach Israel. Dort werden Sie die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besuchen und Holocaust-Überlebende treffen. Im Namen der österreichischen Bevölkerung werden Sie dort - konfrontiert mit der österreichischen Verantwortung für die Gräueltaten des 2. Weltkriegs - Ihrer Trauer und Ihrem Mitgefühl Ausdruck verleihen. „Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!“, die Parole der antifaschistischen SozialdemokratInnen, ist auch für friedensbewegte Menschen von heute eine höchstaktuelle Losung.

Sie werden bei Ihrem Besuch auch Herrn Premier Netanyahu Ihre Aufwartung machen. Wie, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister, werden Sie ihm begegnen, einem bekanntermaßen sehr rechtsgerichteten Politiker? Herr Netanyahu wird Ihnen erklären, dass Israel sich nach wie vor in einem Bedrohungszustand befindet. Dass daher eine unhinterfragte Unterstützung nötig sei. Dass Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten sei, ein Garant westlicher Interessen in einer unruhigen, für Europa immens wichtigen Region, und ähnliches mehr.

Doch stimmt das?

Es gibt auch den anderen Blick auf Geschichte und Gegenwart des Landes Israels. Jenen seiner ursprünglichen EinwohnerInnen. Sie nennen das Land Palästina, die Heimat aus der sie mehrmals in großen Wellen - 1948: 750.000, 1967: 350.000 Menschen - vertrieben wurden. Diese Vertreibung dauert nach wie vor an und hat sich im zurückliegenden Jahr 2016 neuerlich intensiviert.

Die in Wien aktive Menschenrechtsorganisation „Frauen in Schwarz“ listet die Zahlen unter Bezugnahme auf israelische MenschenrechtsaktivistInnen auf:

Seit Beginn 2016 erhöhte sich der Landraub im besetzten Jerusalem und der West Bank um 440 %, verglichen mit dem Vorjahr. 7.773 Morgen palästinensischen Landes wurden also konfisziert, im Vergleich zu 1.442 Morgen im Vorjahr. 343 palästinensische landwirtschaftliche Einrichtungen wurden in der ersten Hälfte von 2016 zerstört. 766.000 israelische Siedler leben in den Besetzten Gebieten (inkl. Jerusalem). Die Siedlungen werden ständig erweitert und breiten sich immer mehr aus.

Immer wieder bedient sich Israel einer Form der Kollektivstrafe, indem es Häuser von Angehörigen von Attentätern zerstört. Seit Oktober 2015 machte es Häuser von 149 Palästinensern dem Erdboden gleich, die keine Verbrechen begangen hatten, zerstörte somit die Existenz ganzer Familien. Hunderte mehr sind bedroht.

Die in der West Bank lebenden Palästinenser stehen unter militärischer Verwaltung. Sie sind tagtäglich der Macht und Willkür des Militärs ausgeliefert, rechtlos und in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Verhaftungen von Palästinensern, auch von

Menschenrechtsaktivisten, Frauen und Kindern, sind gang und gäbe. Sie können ohne Anklage in unbegrenzte Verwaltungshaft genommen werden.

Zahlreiche Dorfbewohner sind durch die Annexionsmauer von ihren Feldern abgeschnitten, die sie nur zu von Israel bestimmten Zeiten bestellen dürfen. Oft sind Missernten die Folge. Israel kontrolliert die ohnehin knappen Wasserressourcen der West Bank, und schränkt die Wasserzufuhr auch willkürlich ein. Siedler überfallen ungestraft palästinensische Dörfer, zerstören Felder und Olivenhaine, zünden Moscheen und Häuser an, töten PalästinenserInnen während die israelische Armee tatenlos zusieht.

Wie soll es weitergehen?

Durch Israels umfassende Kontrolle über die Besetzten Gebiete sind diese praktisch bereits in ein Groß-Israel einverleibt. Die Rechtlosigkeit und die Entmenschlichung und Demütigung einer mehrere Millionen zählenden palästinensischen Bevölkerung macht Israel zu einem Staat, schon jetzt dem ehemaligen Südafrika erschreckend ähnlich, aber im Vergleich dazu ist die Besetzung Palästinas in mancherlei Hinsicht noch schrecklicher und mit Südafrika nicht zu vergleichen. Dies wird von südafrikanischen Besuchern immer wieder bestätigt – so etwa auch von Ronnie Kasrils einem prominenten südafrikanischen Politiker mit jüdischem Hintergrund, der auch Minister der 1. Regierung Mandela war.

Außer dutzender nie angewandter UNO-Resolutionen, trotz Mahnungen von der EU und den Vereinigten Staaten – die alle eigentlich nur Lippenbekenntnisse waren - hat Israel nie aufgehört internationales Recht zu verletzen, und verstößt laufend gegen grundlegende Menschenrechte.

Das, Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister, ist die Lage der PalästinenserInnen. Wie Sie wissen, haben israelische Regierungen jede Friedenslösung während und nach Oslo vor allem durch den fortgesetzten Bau von Siedlungen auf palästinensischem Land verunmöglicht. Israel befindet sich in keinem bedrohten Zustand. Vielmehr ist es die israelische Politik und ihre bis an die Zähne bewaffnete Armee, welche die PalästinenserInnen gezielt und systematisch drangsaliert und attackiert. Israels demonstratives Pochen auf seine angeblich vorbildhafte Demokratie ist mehr als fragwürdig. Es beginnt mit dem Rückkehrgesetz, das nur Juden das automatische Recht auf Staatsbürgerschaft garantiert, und setzt sich fort in anderen Gesetzen. Die „Judaisierung“ drücke sich auch im Alltag aus, schreibt der israelische Historiker Moshe Zimmermann. Der Geograf Yiftachel spricht von einer „Ethnokratie“, die keine realistische Lösung mit einem wahren demokratischen Inhalt anbieten könne.

Was können Sie tun, wenn Sie mit Herrn Netanyahu und anderen VerantwortungsträgerInnen zusammentreffen?

Wir schlagen vor:

- Unterstreichen Sie Ihre Unterstützung für einen gerechten und andauernden Frieden.
- Erwähnen Sie, dass die Mauer diesem Frieden entgegensteht, ebenso der fortgesetzte Siedlungsbau auf palästinensischem Land und die Abriegelung des Gaza-Streifens.
- Erklären Sie deutlich, dass Sie die Stellungnahme der EU und USA befürworten, wonach es ein illegaler Schritt ist, ein Gesetz in der Knesset durchzubringen, welches „die Inbesitznahme von palästinensischem Land, das sich in Privatbesitz befindet, als „legal“ erklärt.“ Sie unterstützen damit die Meinung des Abgeordneten Benny Begin, der dieses Gesetz als Diebstahlggesetz bezeichnet.
- Drücken Sie die Unterstützung Österreichs für die kürzlich verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrats, die den sofortigen Stopp israelischer Siedlungsaktivitäten im Westjordanland und in Ost-Jerusalem vorsieht, aus.
- Warnen Sie die Regierung Netanyahu eindrücklich davor, den verstärkten Rückhalt, den es von der neuen Administration Trump in den USA erhofft, für weitere völkerrechtswidrige Annexionen in oder gar der Westbank zu nutzen.
- Machen Sie Ihren Gesprächspartnern auf Seite der israelischen Regierung deutlich, dass sich Israel bei einer Fortsetzung seiner Politik zur Schaffung eines ethnozentrischen Großisrael zwischen Mittelmeer und Jordan international weiter isolieren wird und es damit langfristig auch das Wohl seiner jüdischen Bevölkerung selbst gefährdet.

Zuletzt noch eine Anmerkung im Zusammenhang der österreichischen Innenpolitik:

Mit Besorgnis müssen wir feststellen, dass die schon seit dem Israelbesuch von BM Darabos im Mai 2008 bestehende Zusammenarbeit mit der Besatzungsarmee Israels / IDF entsprechend den Forderungen von Verteidigungsminister Doskozil intensiviert und auf den "zivilen Sicherheitsapparat" ausgeweitet werden soll. Damit würden Repressionsinstrumente des israelischen Staates - die auch an PalästinenserInnen getestet und gegen sie eingesetzt werden - auch in Österreich adaptiert und praktiziert! Wir halten diese Zusammenarbeit mit einem militärisch-industriellen Komplex, der eine massive Besatzungspolitik betreibt und dabei unzählige Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat, mit unserer Neutralität für unvereinbar und wir fordern sie auf, diese Kooperation zu beenden.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Reise.

Schließlich ersuchen wir Sie, uns nach Ihrer Rückkehr eine Antwort auf unser Schreiben und speziell auf die obgenannte Punktation zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Begegnungszentrum für Aktive Gewaltlosigkeit Bad Ischl: Matthias Reichl, eh.

Frauen in Schwarz/Wien: Paula Abrams Hourani, eh.

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen/GÖAB: Generalsekretär Fritz Edlinger, eh.

Pax Christi Steiermark und Pax Christi Kommission Israel-Palästina: Dieter Kurz, eh. und Gerhilde Merz, eh.

Steirische Friedensplattform:

Franz Sölkner

Helga Suleiman

Erght zur Information auch an Staatssekretärin Mag. Muna Duzdar, muna.duzdar@bka.gv.at

Nie wieder Kolonialismus, nie wieder Krieg!



Frauen in Schwarz



Steirische Friedensplattform
www.friedensplattform.at



Menschen machen Frieden.

Pax Christi Steiermark und Pax Christi Kommission Israel-Palästina